

Wien, am 18. September 2017

PRESSEINFORMATION

VII warnt vor unverantwortlichem populistischem Stimmenfang im Wohnrecht

Nicht nur Vermieter wären von einem Universalmietrecht betroffen, sondern auch jene Wohnungseigentümer, die in ihrer eigenen Immobilie wohnen

Wien: Das Angebot am Wohnungsmarkt ist nicht knapp, weil zu viel Miete verlangt wird und daher tausende Wohnungen unvermietet sind, sondern weil es zu wenig Angebot gibt. Jahrelang hat die Politik den Zuzug in die Städte und die Migration völlig ignoriert und keinerlei Akzente für vermehrten Wohnungsbau gesetzt. Durch Steuerbelastungen hat sie zudem Investoren dazu angehalten, zunehmend im Ausland zu investieren. „Jetzt die wenigen Wochen vor dem Wahltermin populistisch für die Umsetzung eines Universalmietrechts zu nutzen, um Stimmenoptimierung zu betreiben ist unlauter“, warnt Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes Institutioneller Immobilieninvestoren. Louzek ist überzeugt, dass eine Deckelung der Mieten nur zu einer noch verschärfteren Situation für sozial Schwache am Wohnungsmarkt führen würde. „Denn, an wen vermietet man dann noch seine Wohnung, doch eher an jene, die es sich sicher leisten können und nicht an jene, wo man Sorge haben muss, die Miete nicht pünktlich zu erhalten. Dass Bundeskanzler Kern nun glaubt, das politische Versagen mit einem Universalmietrecht wieder ins Lot bringen zu können ist ausschließlich populistischer Stimmenfang“, so Louzek weiter. Die Vermieter noch mehr zu belasten, nur um politisches Kleingeld zu erzielen, muss strikt abgelehnt werden. Wenn Vermieten keinerlei Rendite mehr bringen darf, dann wird das Vermieten für viele zur steuerlichen Liebhaberei. Da steht nicht nur der Ertrag zur Disposition, sondern auch die Werthaltigkeit einer Immobilie, in der man derzeit selbst wohnt. „Denn wenn durch diese Maßnahmen die Rendite und der Wert einer Immobilie sinken, muss der dafür aufgenommene Kredit nachbesichert werden. Die Politik sollte sich überlegen, ob sie allen Wohnungseigentümern, also auch jenen die in der eigenen Immobilie wohnen, solche Belastungen zumuten will oder ob sie in Ruhe und mit Augenmaß ein neues vernünftiges Wohnrecht aushandelt - aber nicht kurz vor einem Wahltermin, wo jede Vernunft sichtlich abhandenkommt“, mahnt Louzek.

Mieterhöhungen „fressen“ auch keine Pensionserhöhungen auf

Darüber hinaus ist die Behauptung, dass Mieterhöhungen, die Pensionssteigerungen „auffressen“ würden, völlig absurd und eine unverantwortliche Panikmache. Wer eine Wohnung hat, dem kann gar nicht jedes Jahr die Miete erhöht werden. Von den rd. 10 Prozent der MieterInnen, die jährlich übersiedeln, sind PensionistInnen nur im Promillebereich zu finden und diese Übersiedeln nicht in größere, sondern wenn schon, dann in kleinere, also günstigere Wohnungen. „Wir bitten um Einhalt des unverantwortlichen Populismus“, so Louzek.

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich-Lauringer
Schriftführerin des VII
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien
Tel +43 1 532 25 45 10, +43 664 3380834
Email: keglevich@spa.co.at